

# Landtag Aktuell

## 7. Ausgabe

Düsseldorf, 11.02.2011



**Gregor Golland**

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

---

### **Grüner Minister will Windräder: Hoch wie der Dom und so viele wie möglich**

Der grün-rote Koalitionsvertrag ließ schon Schlimmes vermuten. Dort wurde festgelegt, dass 2% der Landesfläche in den Regionalplänen als Vorranggebiete zur Windenergienutzung festgelegt werden sollen.

Jetzt will Grün-Rot am Parlament vorbei durch einen Erlass Fakten schaffen, der nicht zustimmungspflichtig ist. Der Umweltminister scheut offenbar die Debatte. In seinem Entwurf plant die Minderheitsregierung die Höhenbegrenzungen für Windräder abzuschaffen, Kleinanlagen zu ersetzen, Vorrangzonen zu erhöhen und so den Energieanteil von Windkraft damit von 3 auf 15% zu erhöhen. Auch der Mindestabstand zu Wohngebieten von 1,5 km soll künftig wegfallen.

An die Menschen im Land denken die Grünen nicht. Nur Naturschutzgebiete, Nationalparks oder Vogelschutzgebiete bleiben verschont. Der Schutz der eigenen Bevölkerung ist zweitrangig. Das ist pure Ideologie. Bisher beträgt die Gesamtfläche aller Konzentrationszonen im Rhein-Erft-Kreis 6,38 km<sup>2</sup>. Zukünftig werden 15 km<sup>2</sup> für 150 m hohe Windkraftanlagen zur Verfügung stehen. Wo das sein wird, soll nach den grünen Plänen nicht mehr in der Hand der Städte liegen. Die Planungsrechte der Kommunen sollen erheblich eingeschränkt werden.

Auch ich bin für einen Austausch ineffizienter Altanlagen. Regenerative Energien müssen gefördert werden. Aber das darf nicht kopflos und an den Bürgern vorbei geschehen. Die Grünen, die sonst so gerne für Bürgerbeteiligungen sind, wollen nun an den Menschen vorbei ihre Ideologie durchsetzen. Dabei beantworten sie nicht die Fragen des Lärmschutzes, des Schattenwurfs oder des erheblichen Eingriffs in das Landschaftsbild.

Ich werde die weitere Entwicklung kritisch begleiten.

### **Milchbauern im Kreis**

Die CDU-Fraktion hat im Düsseldorfer Landtag ein Gespräch mit Vertretern der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Nordrhein-Westfalen geführt. Die Mitglieder des Umweltausschusses informierten sich dabei über die aktuelle Situation der Milchwirtschaft.

Besonders erfreulich ist, dass hochwertige Milchprodukte aus Nordrhein-Westfalen national wie international gefragt sind. Die hohen Standards, nach denen unsere heimischen Milchbauern produzieren, werden honoriert. Das muss sich allerdings auch im Preis widerspiegeln.

Nach einem rapiden Rückgang der Milchbauern in den letzten Jahren, existieren zurzeit noch 17 Betriebe im Rhein-Erft-Kreis.

### **Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte im Einsatz besser schützen**

Der Antrag der CDU-Fraktion, Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte durch das Strafrecht in besonderer Weise zu schützen, findet bei Sachverständigen breite Zustimmung.

Unter anderem unterstützt die Gewerkschaft der Polizei NRW (GdP) unser Ansinnen. „Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf.“, heißt es von Seiten der GdP. Der strafrechtliche Schutz von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte im Einsatz sei in der jetzigen Fassung nicht mehr genügend. „Denn Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte, die Tag für Tag ihr Leben und ihre Gesundheit zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, haben einen Anspruch darauf, dass sich der Staat schützend vor sie stellt, wenn sie selbst von Gewalttätern angegriffen werden“, so die GdP. Auch das Polizeipräsidium Köln bestätigt unsere Position. Man ist sich einig, dass die Strafandrohung erhöht werden muss, um dem Gefährdungsrisiko von Rettungskräften nachhaltig begegnen zu können.

Die Minderheitsregierung muss nun endlich auch Position beziehen. Das wird nicht leicht für Grün-Rot, da man auf die Stimmen der Linkspartei angewiesen ist. Denn diese hat in der Vergangenheit sogar schon zu Straftaten, z.B. bei Demos gegen Castortransporte, aufgerufen.